‚Mönchengladbach 2027/28 – nicht alle Register gezogen

Kurz-Analyse des Haushaltsplanentwurfs 2027/28 der Stadt Mönchengladbach im Auftrag der Industrie- und Handelskammer Mittlerer Niederrhein

Vorab – zur Einordnung

Nein, Mönchengladbach steht nicht vor der Haushaltssicherung, noch nicht. Unter Nutzung der Ausgleichsrücklage, der Allgemeinen Rücklage, des Verlustvortrages und des globalen Minderaufwands werden die ansatz- und planseitigen Jahresergebnisdefizite so ausgewiesen, dass ein Haushaltssicherungskonzept vermieden werden kann. Wesentliche Register, die nur zu einer Genehmigungspflicht führen, werden also gezogen. Doch ein fortzuschreibendes freiwilliges Haushaltskonsolidierungskonzept, das auf einer konsequenten Aufgabenkritik fußt, fehlt in dem Haushaltsplanentwurf 2027/28. Hierüber könnte sich die Stadt in Anbetracht der sich planseitig ergebenden Jahresergebnisdefizite von kumuliert -626,9 Mio. € zwischen 2027 und 2031 mehr Freiheiten in der Haushaltsbewirtschaftung aus eigener Kraft schaffen. Das Ziehen dieses Registers könnte also mehr finanzielle Solidität bringen.

Andererseits bedeutet der gegenwärtige Verzicht auf ein freiwilliges Konsolidierungskonzept über den globalen Minderaufwand hinaus, dass die Stadt zusätzlich sicher entstehende Belastungen für Bürger und Wirtschaft durch Aufgabenwegfall, Standardabsenkungen und höhere Realsteuern (noch) nicht umsetzen muss. So kann sich Mönchengladbach im regionalen Wettbewerb ohne Zusatzlasten für die Abgabepflichtigen positionieren und erhält Zeit, das auf die Stadt zukommende HSK ab dem Haushalt 2029 vorzubereiten, sollten zusätzliche substanzielle Hilfen seitens des Bundes und/oder des Landes ausbleiben; und davon ist auszugehen. Diese Vorbereitungen sollten dann aber in Anerkennung der Gleichzeitigkeit wirtschaftlicher Strukturkrisen und sozialer Umbrüche von dem bisherigen Weg der Vermeidung zusätzlicher Belastungen für die Wirtschaft und Bevölkerung geprägt sein.

Die Entwicklung des Gesamtergebnisses in Schlaglichtern

Die zentralen Eckdaten des vorliegenden Haushaltsplanentwurfs machen die Dramatik der Mönchengladbacher Finanzentwicklung deutlich.

- Ein ausgeglichenes **ordentliches Ergebnis** ist die notwendige Bedingung für ein finanzielles Gleichgewicht der Stadt. Davon ist Mönchengladbach weit entfernt. Auch unter jährlichem Ansatz eines globalen Minderaufwands i.H.v. 2% der ordentlichen Aufwendungen summieren sich die Defizite der ordentlichen Ergebnisse auf -460,9 Mio. € zwischen 2027 und 2031 (Tab.1/Abb.1). Die externen Ursachen liegen gerade auch in der Verletzung des Konnexitätsprinzips bei der Ausfinanzierung zugewiesener Aufgaben in der Vergangenheit. Aber: Den selbst zu verantwortenden Eigenanteil könnte die Stadt in einem aufgabenkritischen und aufwandsenkenden Konzept über den Ansatz des globalen Minderaufwands hinaus wirksam verringern; ein solches Konzept liegt noch nicht vor.
  - Die **ordentlichen Erträge** werden nachvollziehbar entlang der Orientierungsdaten unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten, der Arbeitskreisrechnung Finanzausgleich 2027 sowie der Steuerschätzung angesetzt. Die Stadt geht dabei in der Dynamisierung der Erträge aus ‚Steuern und ähnlichen Abgaben' konservativ vor. Ortsbezogene Einschätzungen sowie Bewertungen zur verhaltenen Wachstumsdynamik Deutschlands, Störung globaler Wertschöpfungsketten, zu den anhaltenden geopolitischen Unwägbarkeiten sowie zur Energiepreisentwicklung zeichnen sich hierfür verantwortlich. In diesem Kontext ist bemerkenswert, dass die **Gewerbesteuer** entgegen der Orientierungsdaten für die mittelfristige Finanzplanung ab dem Jahr 2028 ohne jegliche Steigerungen (konstant 235 Mio. € p.a.) angesetzt wird (Tab.3/Abb.5). Ferner ist damit auch ein Anziehen der Realsteuerschraube nicht eingeplant, was als Standortförderpolitik und als Operationalisierung der in § 77 Abs. 3 GO NW geforderten Rücksichtnahme auf die wirtschaftlichen Kräfte der kommunalen Abgabepflichtigen sehr zu begrüßen ist.
  - Offene Flanken ergeben sich aus der **Unterdynamisierung** zentraler **ordentlicher Aufwendungen** im mittelfristigen Finanzplanungszeitraum (MFZ). Zwar heben die vorgenannten Orientierungsdaten die „*Notwendigkeit einer ressourcenschonenden kommunalen Finanzwirtschaft*"[1] her-

[1] Runderlass „Orientierungsdaten 2027 bis 2030 für die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung der Gemeinden und Gemeindeverbände des Landes Nordrhein-Westfalen" vom 25. August 2026 (MB.NRW 2026 Nr. 242), S.8.

Prof. Dr. Harald Schoelen, 19. Oktober 2026
Volkswirtschaftslehre – Finanzwissenschaft und Wirtschaftsförderung
Hochschule Niederrhein
Webschulstraße 41-43, Mönchengladbach

vor. Allerdings werden die großen Aufwandsposten – Personalaufwendungen und Transferaufwendungen – derart gering dynamisiert, dass plausible Annahmen zur Fortentwicklung erhebliche zusätzliche Belastungen und hieraus folgende Konsolidierungsanstrengungen entstehen lassen.

- **Personalaufwendungen**: Eine Dynamisierung des gesamten Personalaufwands von nur 1% p.a. im MFZ wird nicht zu realisieren sein (Tab.4/Abb.6). Schon die **Annahme** einer 2%-Steigerung p.a. würde der Stadt eine zusätzliche kumulierte Konsolidierungsanforderung von 39,0 Mio. € für die Jahre 2028 bis 2031 (Tab.5) aufbürden, wobei davon ausgegangen wird, dass der Ansatz 2027 den bekannten Parametern entsprechend zutreffend ist. Bei einer ebenso plausiblen auf Kaufkraftverlust ausgerichteten und zudem offensiv-wirksamen gewerkschaftlichen Lohnpolitik mit 3,5% Steigerung p.a. ergäbe sich ein zu konsolidierender Mehraufwand in vorgenanntem Zeitraum von 98,9 Mio. € (Abb.4). Konsequente Aufgabenkritik und hierin eingebettete Maßnahmen zur Konsolidierung des Personalaufwands werden in diesem Blickpunkt schon kurzfristig wahrscheinlich, ggf. sogar notwendig, um die stete Erfüllung der kommunalen Aufgaben schon in der Mittelfrist abzusichern.
- **Transferaufwendungen**: Die Stadt schreibt in dem Haushaltsplanentwurf die Transferaufwendungen, die 2027 bereits 686,8 Mio. € betragen, mit überaus geringen Steigerungsraten ab 2028 fort. Zwar stehen bspw. den erheblichen Transferaufwendungen z.B. im Rahmen der Grundsicherung (hier PB10/PG060/PR10) entsprechende Erstattungen durch den Bund entgegen (nach § 46a SGB XII; 100% der Nettoausgaben des betreffenden Kalenderjahres zur Entlastung der Kommunen, 2027: 74,35 Mio. €). Andererseits entstehen der Stadt erhebliche soziale Transferaufwendungen, die nur unvollkommen gegenfinanziert sind.

  Ein besonderes Beispiel sind die Aufwendungen für die Kinder-, Jugend- und Familienberatung, HzE+. Im Jahr 2027 steht in diesem **Teilergebnisplan** ein Defizit von -118,4 Mio. € zu Buche. Die Stadt argumentiert in den Erörterungen zum Produktplan, dass sie trotz einer intensiven Steuerung der Betreuungsangebote weiterhin von einer Steigerung der Hilfefälle ausgehen. „*Um dieser linearen Kostenentwicklung entgegenzuwirken, werden u.a. im Rahmen des Präventionskonzeptes für die Stadt Mönchengladbach früher niederschwellige Hilfen angeboten, um den Hilfen zur Erziehung in der Zukunft mehr vorbeugen zu können.*“ (PB06/PG030/PR10, S. 1148). Die Konsequenz aus der Annahme der Wirksamkeit dieses präventiven Konzeptes ist, dass der 2027er Ansatz von 112,0 Mio. € Transferaufwendungen konstant bis 2031 fortgeschrieben wird. Aber: Konstante Ansätze sind hier mit Blick auf die letzten zwei Jahre inhaltlich nicht begründet (2025: -98,5 Mio. €; 2026: -88,0 Mio. €). Vielmehr erscheint vor dem Hintergrund der **jüngsten Entwicklungen eine deutliche Dynamik** der Aufwandsteigerungen angezeigt; zwei Beispiele: In der vom Rat am 14.10.2026 beschlossenen Beratungsvorlage Nr. 0953/XI werden überplanmäßige Haushaltsmittel in Höhe von 22,0 Mio. € im Bereich ‚Hilfe zur Erziehung‘ bereitgestellt.[2] Und im Rahmen der wirtschaftlichen Altenhilfe wurden in gleicher Sitzung 5,5 Mio. € zusätzlich genehmigt.[3] Beide sind gesetzlich vorgeschriebene Pflichtaufgaben und nicht von der verhängten Haushaltssperre betroffen.

  Richtig ist, dass eine verlässliche Prognose gerade der sozialen Transferaufwendungen nicht möglich ist. Eine annähernd gedeckelte Fortschreibung der gesamten Transferaufwendungen im MFZ aber wird der tatsächlichen Dynamik u.a. der hierin enthaltenen sozialen Transferaufwendungen nicht gerecht. Erhebliche **zusätzliche Lasten** werden zu schultern sein.
  Szenario: Nimmt man näherungsweise an, dass die gesamten Transferaufwendungen nur mit der **Hälfte** des Mittelwertes aus den Steigerungsraten für 2026 und 2027 (4,12%) im MFZ p.a. steigen würden, so ergäbe sich ein **immenser zusätzlicher Konsolidierungsbedarf** 2028 bis 2031 in der Summe von 192,8 Mio. € (Tab.5).

- Der **globale** Minderaufwand liegt ab 2027 zwischen 31,5 Mio. € und 32,3 Mio. € pro Jahr (Tab.1/ Abb.1). Er stellt eine Vorabbeschwerung der laufenden Verwaltungstätigkeit dar und ist angesichts seiner Ergebniswirksamkeit ausdrücklich positiv herauszustellen. In der Summe werden so in den Ansatzjahren und dem mittelfristigen Finanzplanungszeitraum (MFZ) 159,75 Mio. € eingespart.

[2] Begründung: Der erhebliche Mehrbedarf resultiert insbesondere aus der Steigerung der Entgeltsätze für Trägerleistungen, der inflationsbedingten Kostensteigerung *„sowie der steigenden Anzahl von Minderjährigen mit besonders herausforderndem Verhalten mit im Einzelfall extrem hohem und damit teurem Betreuungsbedarf.“* Beratungsvorlage Nr. 0953/XI

[3] Als Begründung werden hier kontinuierliche Steigerungen der Personalkosten sowie der Kosten für die Sicherstellung der Pflegeplätze genannt. Beratungsvorlage Nr. 0928/XI

Ohne diesen Ansatz würden sich die Jahresergebnisdefizite 2027 bis 2031 auf -786,7 Mio. € kumulieren (Tab.2) mit entsprechend negativen Auswirkungen auf den Verbrauch des Eigenkapitals.

- Die **Verschuldung** wird sich stark erhöhen. Zwischen dem 01.01.2027 und dem 01.12.2031 steigen die Investitionskredite von -399,3 Mio. € auf -636,8 Mio. €; die Kredite zur Liquiditätssicherung von -404,1 Mio. € auf -1.072,0 Mio. €. Die Gesamtverschuldung wächst in diesem Zeitraum damit von rd. -803,5 Mio. € auf -1,71 Mrd. €. In diesem Kontext wird das **Finanzergebnis** ferner maßgeblich durch die Verschlechterung des Zinsumfelds geprägt. Das Zinsänderungsrisiko wird angesichts der steigenden Verschuldung bei zugleich restriktiver EZB-Geldpolitik angesichts der Verfehlung des symmetrischen 2%-Inflationsziels [möglich: weiter steigende Leitzinsen] bestehen bleiben und ggf. noch wachsen. Bereits unter den getroffenen Annahmen verschlechtert sich das Finanzergebnis unter der Zinslastentwicklung von -13,9 Mio. € auf -42,5 Mio. € (Abb.4/Tab.4), wodurch das Jahresergebnis zusätzlich belastet wird.

- Die im Haushaltsplanentwurf veranschlagten **Jahresergebnisdefizite** liegen zwischen -102,7 Mio. € (2027) und -140,1 Mio. € im Jahr 2030 (Tab.2, Abb.2/3). Die Defizite kumulieren sich im Zeitraum 2027-2031 auf -626,9 Mio. €. Neben den vorgenannten defizitären Entwicklungen des ordentlichen Ergebnisses und des Finanzergebnisses belasten ab 2026 zudem außerordentliche Aufwendungen durch Abschreibung der **Bilanzierungshilfe** (-141,6 Mio. €) auf 50 Jahre i.H.v. jährlich -2,83 Mio. € das Jahresergebnis. Zur Wahl hätte auch die gänzliche oder teilweise Ausbuchung gegen das Eigenkapital (EK) gestanden (§ 6 Abs. 2 NKF-CUIG). Diese EK-Reduzierung hätte jedoch c.p. frühzeitiger als im Haushaltsplan vorgesehen einen Verlustvortrag notwendig gemacht.

- Die **Eigenkapitalentwicklung** ist desaströs zu nennen. Nach Verrechnung des Jahresergebnisdefizits standen 2025 noch 899,8 Mio. € an Eigenkapital zu Buche; 630,3 Mio. € Allgemeine Rücklage und 269,6 Mio. € Ausgleichsrücklage. Die **Altschuldenübernahme** des Landes (Altschuldenentlastungsgesetz NRW, ASEG) führt der städtischen Allgemeinen Rücklage in 2026 weitere 168,0 Mio. € zu. Nach Verrechnung des Jahresergebnisdefizits bleiben der Stadt in diesem Jahr 988,8 Mio. € Eigenkapital (Tab.2/Abb.2/3). Die Zuführung des ASEG-Betrages zur Allgemeinen Rücklage war insofern rational, weil damit nach vollständigem Verbrauch der Ausgleichsrücklage im Jahr 2028 – mit zugleich nur relativ geringer Inanspruchnahme der Allgemeinen Rücklage in diesem Jahr – ein hoher Bestand an Allgemeiner Rücklage für 2029ff. bestehen bleibt (Abb.2).

  Zwar reduziert dann das Jahresergebnisdefizit 2029 die **Allgemeine Rücklage** massiv (-17,0% ggü. 2028). Ein HSK müsste aber erst dann aufgestellt werden, wenn im nachfolgenden Jahr 2030 ebenfalls die 5%-Hürde des Verbrauchs an Allgemeiner Rücklage gerissen würde (§ 76 Abs.1 Nr. 2 GO NW). Dies wird durch die Nutzung des durch das 3. NKFWG NRW geschaffenen Instruments des **Verlustvortrages** verhindert: Nach Inanspruchnahme der Allgemeinen Rücklage um nur 4,9% kann der verbleibende Jahresfehlbetrag längstens in die drei folgenden Haushaltsjahre mit Genehmigungserfordernis vorgetragen werden (§ 79 Abs. 3 GO NW). Nachdem so die 2-Jahresfolge der 5%-Regel für ein HSK durchbrochen wurde, wird der für 2031 eingeplante Fehlbetrag des Jahresergebnisses wieder voll gegen die Allgemeine Rücklage gerechnet (Tab.2/Abb.3). Aber: Aus der fast 1 Mrd. € starken Eigenkapitalbasis in 2026 bleiben in 2031 nur noch 470,7 Mio. € stehen; und weitere -108,9 Mio. € werden als Verlustvortrag den Eigenkapitalverzehr in 2033 massiv verstärken.

  Szenario, Annahme: Der Mittelwert der Jahresergebnisdefizite im MFZ (-135,3 Mio. €) gelte für die Anschlussjahre 2032 bis 2034. Dann würde unter Fortsetzung der vorgenannten Strategie im Jahr 2034 die Summe der Verlustvorträge größer sein als der Bestand der Allgemeinen Rücklage (Tab.2/Abb.3). Eine bilanzielle Überschuldung in den Folgejahren wäre c.p. nicht abzuwenden. Die Pflicht zur Aufstellung eines HSKs ab dem Haushalt 2029 ist wahrscheinlich. Es sei denn, es kommt bereits ab 2029 ganz anders und ein konsolidierendes aufgabenkritisches und aufwandsenkendes Konzept, das jährlich an die Anforderungen angepasst fortgeschrieben wird, führt den Haushalt wieder in die Nähe eines operationellen Ausgleichs. Und dieses könnte zur Vermeidung von überbordenden Belastungssteigerungen durch Drehen an der Realsteuerschraube bereits ab 2027 vorbereitet werden (s.o.).

Zusammenfassendes Schlussbild

Die Stadt profitiert von einem hohen Eigenkapitalbestand, der durch die Zuweisung der Altschuldenübernahme des Landes nochmals aufgebaut wird. Die Ansätze 2027/2028 und Planungen im MFZ sehen jedoch derart massive Jahresergebnisdefizite vor, dass ohne deutlich aufwandsenkende Konsolidierung zur Mitte der 2030er Jahre die bilanzielle Überschuldung droht; aber eben erst dann. Ohne Zweifel wird der jeweils unterjährig zu erwirtschaftende globale Minderaufwand, der bereits in den Jahresfehlbeträgen berücksichtigt wird, die Stadt erheblich fordern. Dieser reicht aber nicht, um Mönchengladbach auch nur in die Nähe des geforderten Haushaltsausgleichs nach § 75 Abs. 2 GO NW zu bringen. Aber insgesamt reichen zurückgenommene Ansatzplanungen und der globale Minderaufwand, um der Kommunalaufsicht einen **Haushaltsplanentwurf zur Genehmigung ohne HSK-Pflicht** bis 2031 vorzulegen. Dies auch, wenn zugleich deutlich wird, dass die Haushaltssicherung bereits mit dem kommenden Haushaltsplanentwurf 2029 droht.

Die kommunale Finanzaufsicht kann aber schon vor der Verpflichtung zur Aufstellung eines HSKs prüfen, ob Maßnahmen zur **Sicherung der stetigen Aufgabenerfüllung** erforderlich sind (§ 84 Abs. 2 GO NW). Die einem Doppelhaushalt innewohnenden Nachsteuerungsbedarfe insbesondere bei den Personalaufwendungen und den sozialen Transferaufwendungen beinhalten in diesem Zusammenhang zusätzliche Brisanz. Zugleich sind aber auch durch die Stadt getroffene Entscheidungen der Standort- und Wohnortförderung positiv herauszustellen. So steht bspw. gerade die werthaltige, umfangreiche Investitionstätigkeit der Stadt im Sinne der gesicherten Aufgabenerfüllung. Ferner verzichtet die Stadt zum gegenwärtigen Zeitpunkt auf Realsteuererhöhungen und positioniert sich durch weitere attraktive Standortbedingungen im regionalen Wettbewerb. Darüber hinaus bliebe Zeit aufwand- und standardsenkende sowie aufgabenkritische Verfahren in den Jahren 2027 und 2028 so vorzubereiten, dass die Belastungsschrauben gerade über die Realsteuern auch nach 2028 nicht angezogen, in keinem Fall aber überdreht werden. Sollte Deutschland in den nächsten zwei Jahren wieder auf einen beschäftigungsschaffenden Wachstumspfad zurückkehren, sollten jene, die Beschäftigung schaffen, Substanz und Willen haben, dies auch am Standort Mönchengladbach zu tun. Ungeachtet der berechtigten Forderungen nach einer grundlegenden Reform der kommunalen Finanzen; die Stadt hat es in den nächsten zwei Jahren in der Hand, eigene Register mit Augenmaß zu ziehen.

Anhang

Methodischer Hinweis zum statistischen Anhang:

Es sei ausdrücklich darauf hingewiesen, dass in diesem dynamisch sich verändernden Haushaltsumfeld das hier tw. eigens berechnete Zahlenwerk nur eine **Momentaufnahme** ist, deren Validität durch die Verfügbarkeit aktualisierter Erkenntnisse bestimmt ist. Vor diesem Hintergrund sind zu dem vorliegenden Haushaltsplanentwurf seitens der Stadt Änderungsnachweise zur Haushaltsverabschiedung zu erwarten. Ggü. dem offiziellen Zahlenwerk der Stadt können Rundungsdifferenzen auftreten.

Ferner: Das finanzpolitische Umfeld sowie die risikobehaftete Wirtschaftsentwicklung werden für abweichende Daten sorgen, wenn die Haushaltsplanung für die entsprechenden Jahre konkret vollzogen wird.

Tab.1: Ordentliches Ergebnis und globaler Minderaufwand (in €), Aufwanddeckungsgrad (in %)

	Ergebnis 2025	Ansatz 2026	Ansatz 2027	Ansatz 2028	Plan 2029	Plan 2030	Plan 2031
ordentliche Erträge	1.357.912.921	1.353.859.066	1.457.058.004	1.465.998.924	1.474.162.751	1.475.773.929	1.493.806.624
ordentliche Aufwendungen	1.428.010.973	1.436.835.170	1.574.445.874	1.588.913.107	1.600.823.202	1.606.987.977	1.616.254.846
globaler Minderaufwand (GMA)		28.736.703	31.488.917	31.778.262	32.016.464	32.139.760	32.325.097
ordentliche Aufwendungen inkl. globaler Minderaufwand*	1.428.010.973	1.408.098.467	1.542.956.957	1.557.134.845	1.568.806.738	1.574.848.217	1.583.929.749
ordentliches Ergebnis	**-70.098.052**	**-82.976.104**	**-117.387.870**	**-122.914.183**	**-126.660.451**	**-131.214.048**	**-122.448.222**
ordentliches Ergebnis inkl. globaler Minderaufwand*	**-70.098.052**	**-54.239.401**	**-85.898.953**	**-91.135.921**	**-94.643.987**	**-99.074.288**	**-90.123.125**
Aufwanddeckungsgrad**	**95,09**	**96,15**	**94,43**	**94,15**	**93,97**	**93,71**	**94,31**

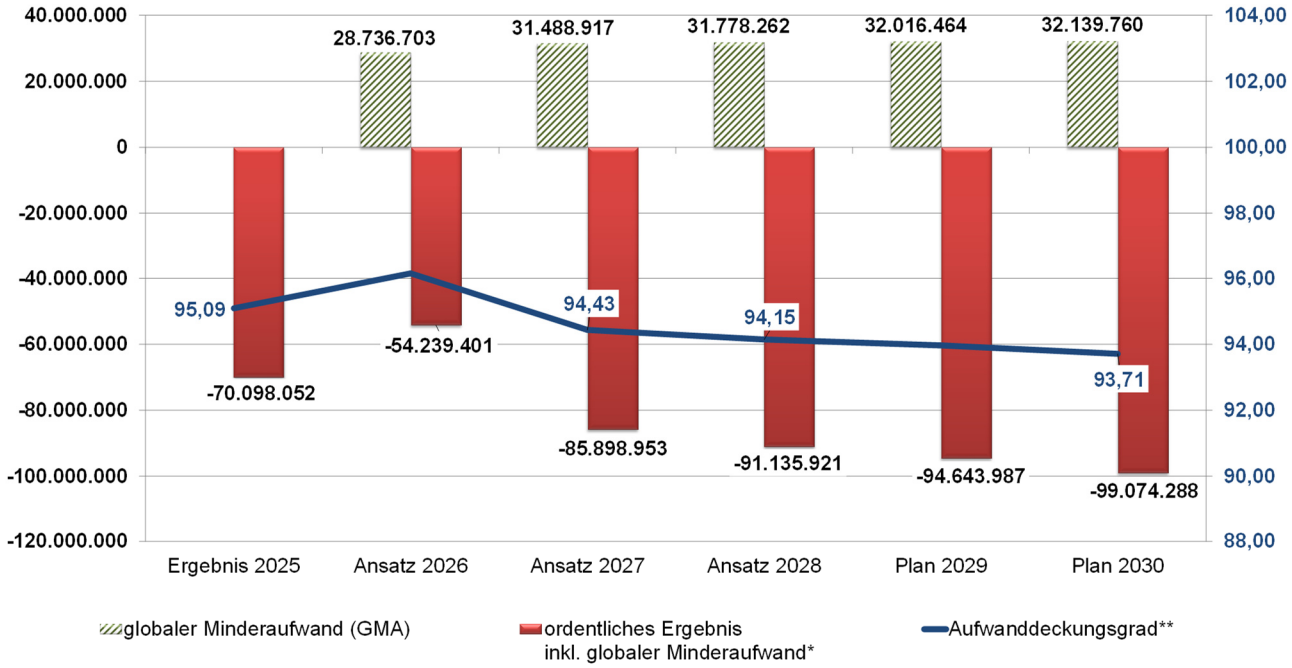
* unter der voraussetzenden Bedingung, dass der globale Minderaufwand zur Gänze im Rahmen der ordentlichen Aufwendungen realisiert wird.

** in %, bezogen auf ordentliche Aufwendungen unter Abzug des globalen Minderaufwands

Der Aufwanddeckungsgrad erreicht zu keinem Zeitpunkt mehr 100%. In dieser dauerhaften (strukturellen) Unterdeckung liegt die Hauptursache für das ab 2027 stetig über -100 Mio. € liegende Ergebnisdefizit (Tab.2).

Die hier ausgewiesenen Deckungsgrade sind dabei besser als jene, die die Stadt in ihrem Kennzahlenset selbst ausweist. Begründung: in o.g. Tab.1 wurde die konsolidierende Wirkung des globalen Minderaufwands in die Berechnung einbezogen.

Abb.1: Ordentliches Ergebnis und globaler Minderaufwand (in €), Aufwanddeckungsgrad (in %)



* unter der voraussetzenden Bedingung, dass der globale Minderaufwand zur Gänze im Rahmen der ordentlichen Aufwendungen realisiert wird.

** in %, bezogen auf ordentliche Aufwendungen unter Abzug des globalen Minderaufwands

Tab.2: Ordentliches Ergebnis, Finanzergebnis, GMA, Jahresergebnis, allgemeine Rücklage; Szenario: nur 5%-EK-Verbrauch, alle 2 Jahre, beginnend 2030 (in €)

	Ergebnis 2025	Ansatz 2026	Ansatz 2027	Ansatz 2028	Plan 2029	Plan 2030	Plan 2031	hypoth. Forts. Plan 2032	hypoth. Forts. Plan 2033	hypoth. Forts. Plan 2034
14. Okt. 2026, Jahresergebnis per 31.12. nach Abzug GMA	**-76.460.180**	**-79.035.101**	**-102.667.533**	**-118.416.149**	**-130.290.058**	**-140.088.616**	**-135.479.531**	***-135.286.068***	***-135.286.068***	***-135.286.068***
nachrichtl. Jahresergebnis OHNE globaler Minderaufwand (GMA)	*-76.460.180*	*-107.771.804*	*-134.156.450*	*-150.194.411*	*-162.306.522*	*-172.228.376*	*-167.804.628*			
globaler Minderaufwand		28.736.703	31.488.917	31.778.262	32.016.464	32.139.760	32.325.097			
Finanzergebnis	-6.362.128	-21.963.700	-13.936.580	-24.448.228	-32.814.071	-38.182.328	-42.524.406			
Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit (ohne Globaler Minderaufwand)	-76.460.180	-104.939.804	-131.324.450	-147.362.411	-159.474.522	-169.396.376	-164.972.628			
außerordentliches Ergebnis, hier nur außerordentliche Aufwendungen durch Abschreibung der Bilanzierungshilfe auf 50 Jahre		-2.832.000	-2.832.000	-2.832.000	-2.832.000	-2.832.000	-2.832.000			
Ausgleichsrücklage nach JE-Verrechnung des laufenden Jahres	**269.592.499**	**190.557.398**	**87.889.865**	**0**	**0**	**0**	**0**	***0***	***0***	***0***
Zuführung Verlustvortragskonto; Verlustvortrag als Teil des negativen Jahresergebnisses ab 2030						**108.856.358**		***111.752.007***		***125.135.832***
Stand Verlustvortragskonto nach Zuführung Berichtsjahr						**108.856.358**	**108.856.358**	***220.608.365***	***111.752.007***	***236.887.839***
Entnahme (inkl. Verlustvortrag verbleibender) **Fehlbeträge** des lfden. Jahres aus Allgemeiner Rücklage				**-30.526.284**	**-130.290.058**	**-31.232.258**	**-135.479.531**	***-23.534.061***	***-135.286.068***	***-10.150.237***
Buchung des Verlustvortrags aus Vorjahren gegen die Allgemeine Rücklage									***-108.856.358***	
Altschuldenübernahme des Landes nach Bescheid des MHKBD zum Altschuldenentlastungsgesetz NRW (ASEG) v. 23.12.2025		**167.959.224**								(**)
Allgemeine Rücklage nach JE-Verrechnung, nach Abzug GMA sowie Verlustvortrag	**630.250.126**	**798.209.350**	**798.209.350**	**767.683.066**	**637.393.008**	**606.160.750**	**470.681.219**	***447.147.158***	***203.004.732***	***192.854.495***
Veränderung Allgemeine Rücklage (in%) ggü. Vorjahr; Zielsetzung =! max 5% der Allgemeinen Rücklage des Vorjahres alle 2 Jahre		**26,65%**	**0,00%**	**-3,82%**	**-16,97%**	**-4,90%**	**-22,35%**	***-5,00%***	***-54,60%***	***-5,00%***
Sonderrücklagen	0	0	0	0	0	0	0	*0*	*0*	*0*
∑ Eigenkapital nach JE-Verrechnung des laufenden Jahres	**899.842.625**	**988.766.748**	**886.099.215**	**767.683.066**	**637.393.008**	**606.160.750**	**470.681.219**	***447.147.158***	***203.004.732***	***192.854.495***
Fehlbetragsquote*	**10,24**	**8,78**	**10,38**	**13,36**	**16,97**	**21,98**	**22,35**	***28,74***	***30,26***	***66,64***

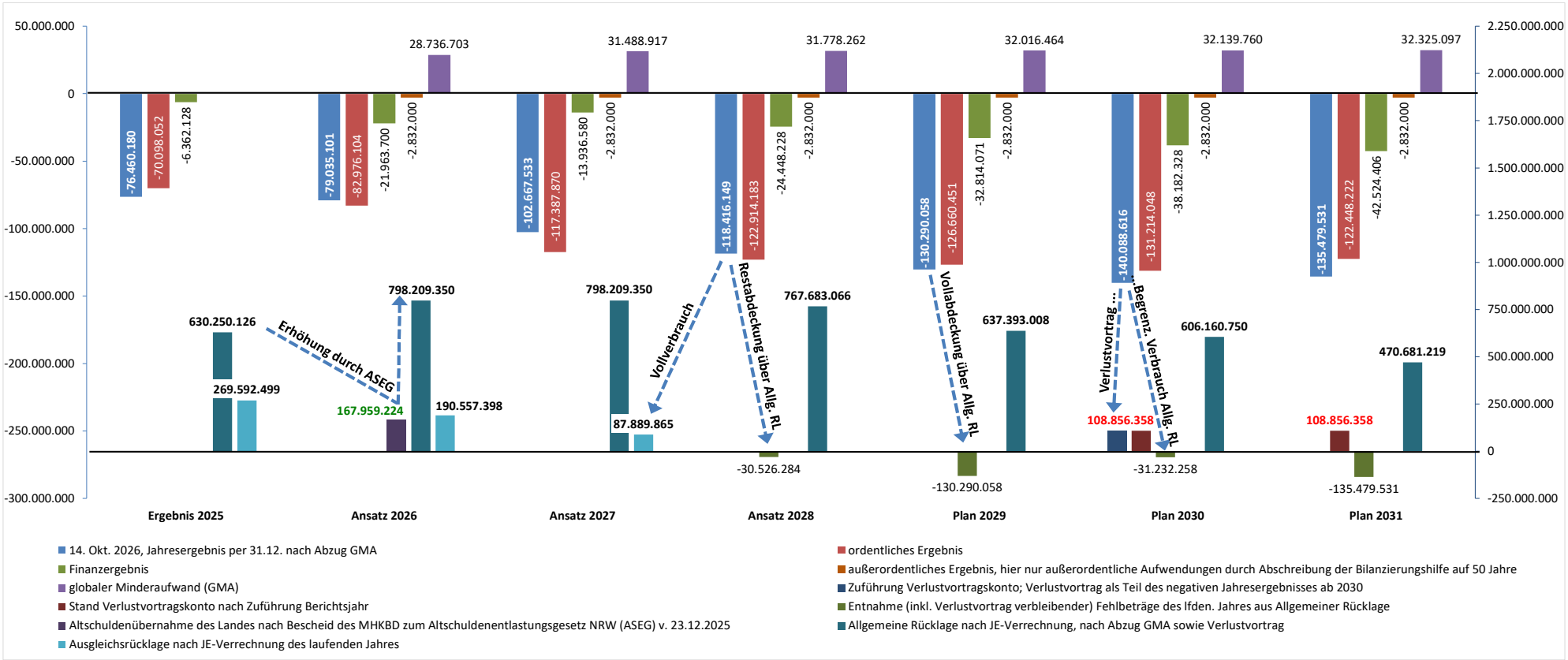
Anm.: Außerordentliche Erträge: Isolierungsbeträge nach NKF CUIG durften nur bis 2023 angesetzt werden. Die Stadt wählt die Abschreibungsvariante ab 2026 (s.o. Tabelle)

* Um das Ausmaß des Defizits des Berichtsjahres deutlich zu machen, wird hier die Fehlbetragsquote unter Heranziehung des Eigenkapitals **vor Verrechnung** des negativen Jahresergebnisses des Berichtsjahres berechnet.

**** Kritisch:** der Stand des Verlustvortragskontos übersteigt das noch verbleibende Volumen des Eigenkapitals. Eine bilanzielle Überschuldung droht in den Folgejahren.
Merke in diesem Zusammenhang: Der Verlustvortrag ist "*spätestens nach drei Jahren mit der allgemeinen Rücklage zu verrechnen, soweit er nicht mit Jahresüberschüssen in einem vorangehenden Haushaltsjahr gedeckt werden kann.* " (§95 Abs. 2 Satz 3 GO NW). Dies ist nach derzeitiger Datenlage nicht realisierbar.

Für die hypothetische Fortschreibung der Jahresergebnisdefizite ab 2032 wurde der Mittelwert der Planjahre 2029 bis 2031 angesetzt.

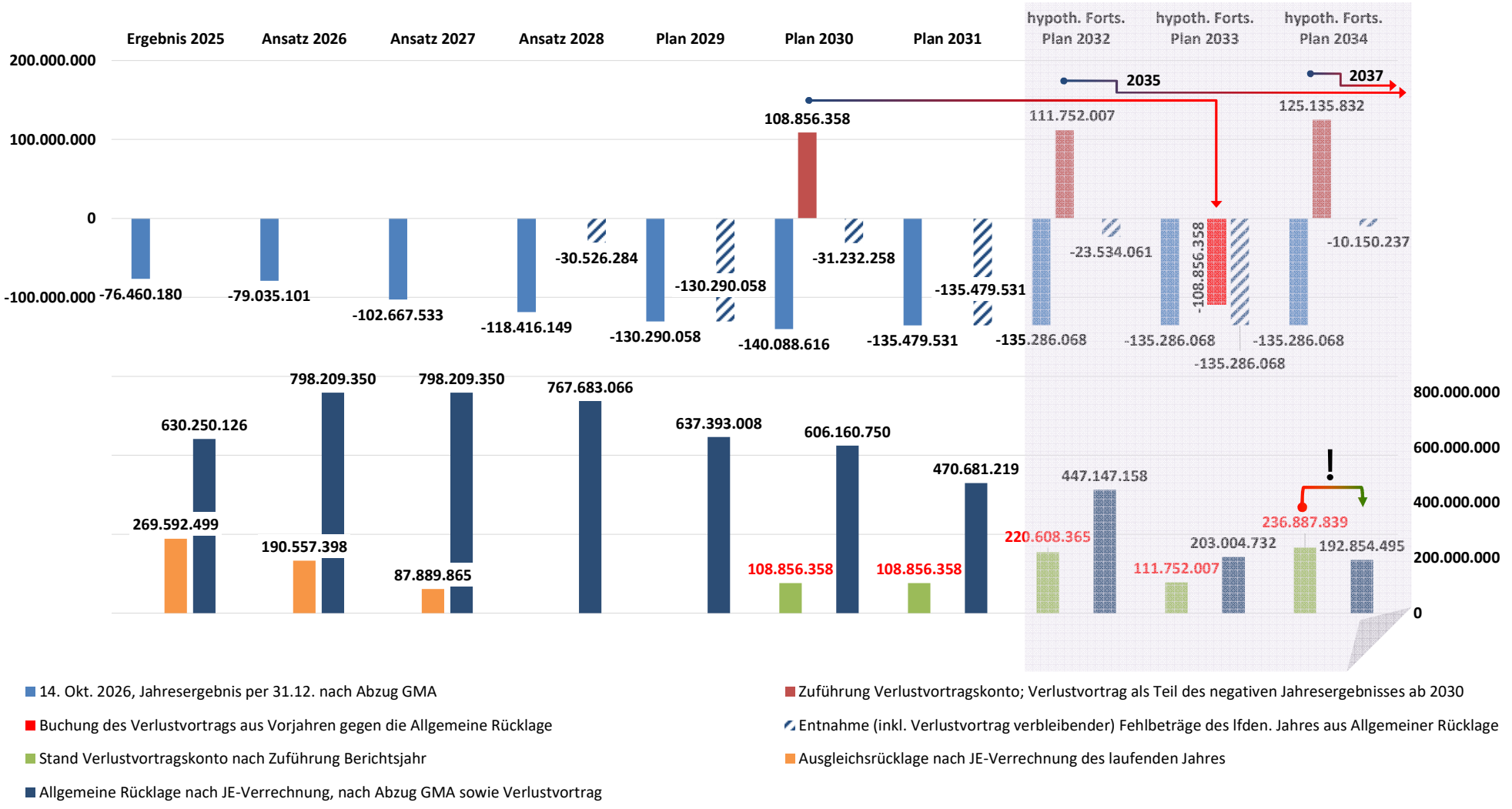
Abb.2: Ordentliches Ergebnis, Finanzergebnis, außerordentliches Ergebnis, GMA, Jahresergebnis, Verlustvortrag, Eigenkapitalentwicklung (in €)



Vorstehend wird das Zusammenspiel der Komponenten des Jahresergebnisses und der hieraus erfolgenden Deckung gegen das Eigenkapital und ab 2030 zudem gegen einen Verlustvortrag deutlich. Der Eigenkapitalverbrauch vom Stand 2026 mit fast 1 Mrd. € auf nur noch 470,7 Mio. € in 2031 [und abzüglich des erst in 2033 zu verrechnenden Verlustvortrags von 108,9 Mio. €] ist immens.

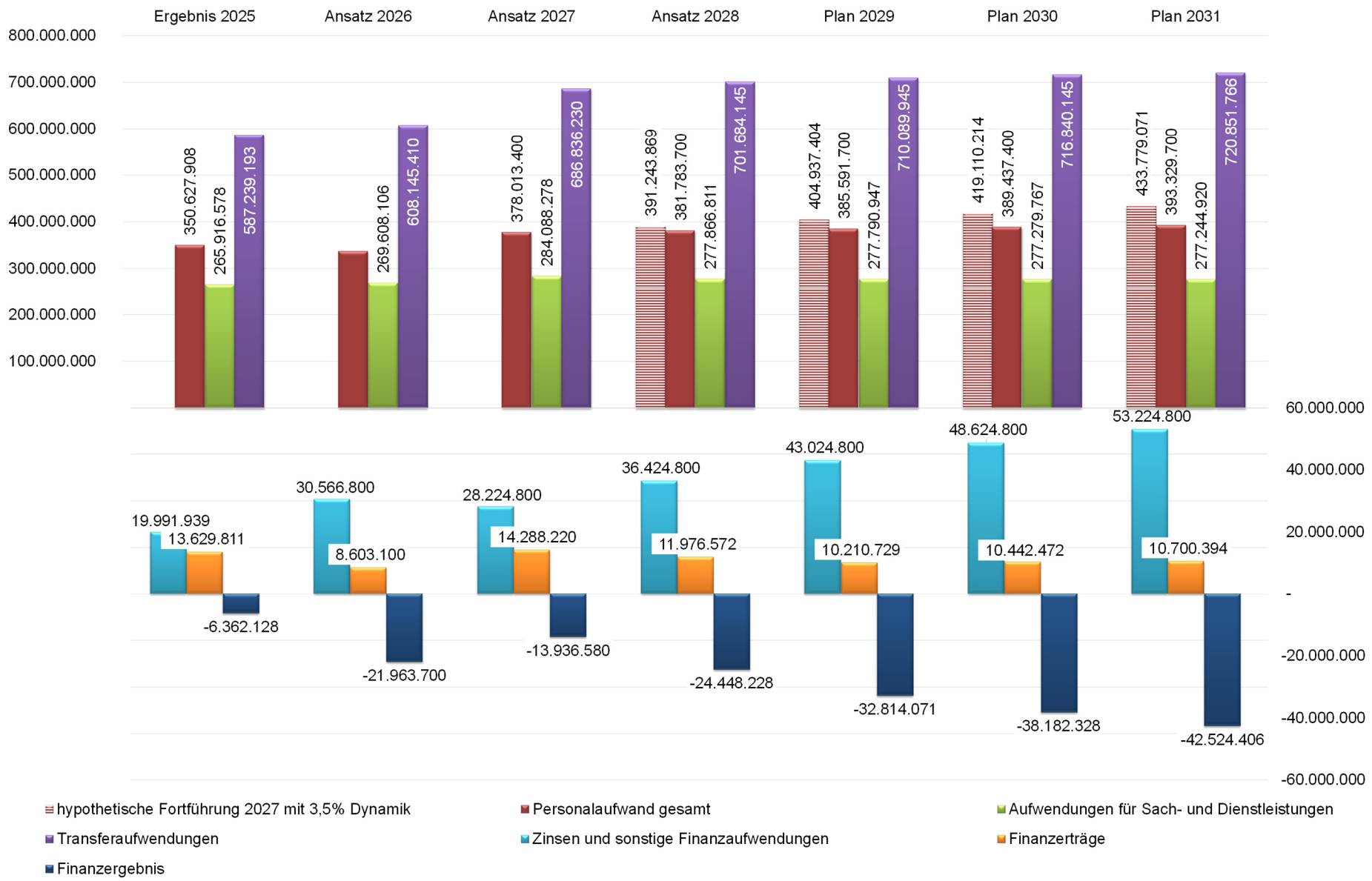
Wie in Tab.2 dargestellt, schafft es die Stadt, ausgehend von einem hohen EK-Bestand, ein HSK zu vermeiden, indem sie die hierzu anzusetzende Zweijahresregel des EK-Verbrauchs in 2030 durch Nutzung des Verlustvortrages durchbricht. Allerdings wird der Verlustvortrag dann 2033 den Verbrauch der Allgemeinen Rücklage zusätzlich verstärken. Gegenzurechnende Jahresergebnisüberschüsse sind nicht absehbar.

Abb.3: Jahresergebnis, Verlustvortrag, Eigenkapitalentwicklung, **Szenario**: nur 5%-EK-Verbrauch, alle 2 Jahre, beginnend 2030 (in €)



In vorstehender Abbildung ist die **hypothetische Fortschreibung** der Jahresergebnisdefizite ab 2032 (siehe Anmerkung zu Tab.2) grafisch dargestellt. Unter Ansatz der Fortschreibung der gemittelten Jahresdefizite 2029-2031 wird die zusätzliche Last des Verlustvortrags 2030 im Jahr 2033 deutlich. Die Allgemeine Rücklage schrumpft in diesem **Szenario** auf 203,0 Mio. €. Da das Jahresdefizit in 2034 bis auf 10,2 Mio. € vortragen werden müsste, um den Verbrauch der Allgemeinen Rücklage bei 5% zu halten, übersteigt der in 2034 aufgebaute Stand des Verlustvortragskontos den dann noch verbleibenden Restbestand der Allgemeinen Rücklage. Eine bilanzielle Überschuldung droht c.p. ab 2035.

Abb.4: Aufwendungen für Personal, Sach- und Dienstleistungen, Transferaufwendungen, Finanzergebnis, Szenario 3,5% Dynamik p.a. Personalaufwand (in €)

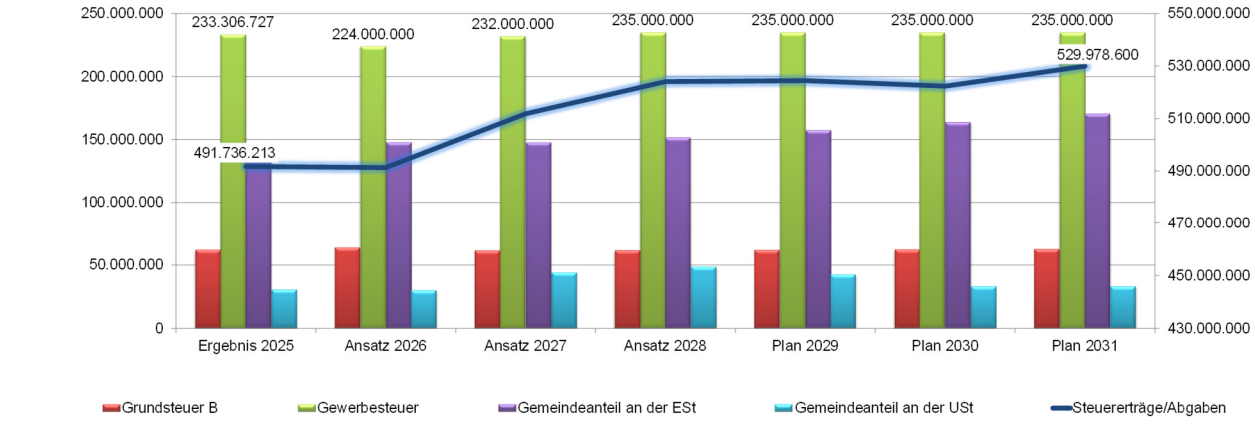


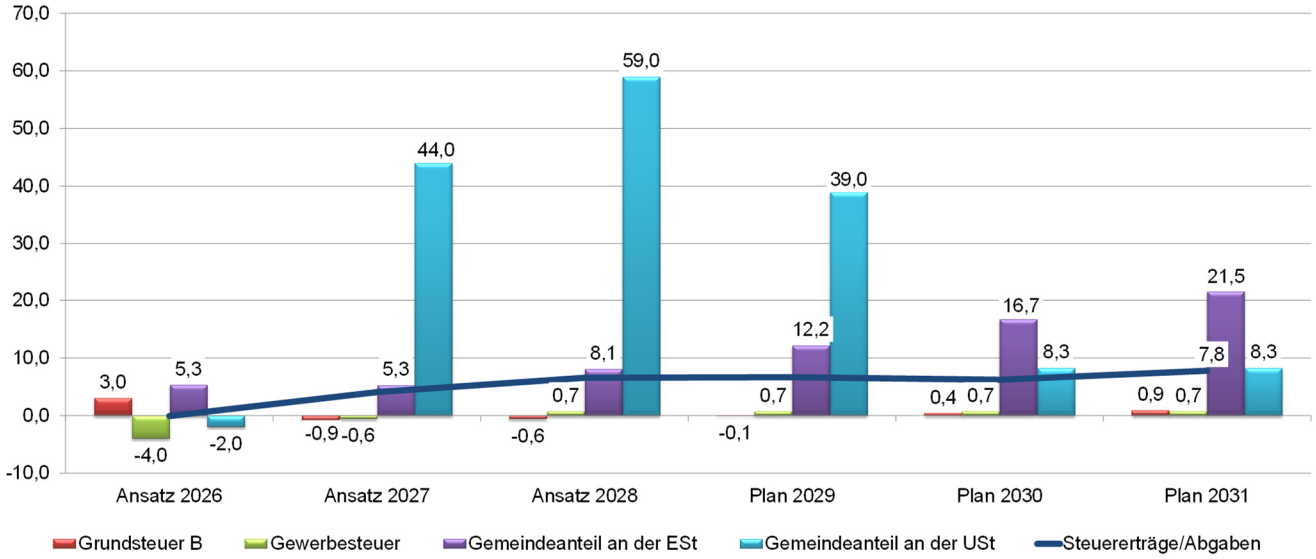
Tab.3: Steuererträge, Zuwendungen (in €), Nettosteuerquote, Zuwendungsquote (in %)

	Ergebnis 2025	Ansatz 2026	Ansatz 2027	Ansatz 2028	Plan 2029	Plan 2030	Plan 2031
Steuererträge/Abgaben	491.736.213	491.324.500	511.845.900	524.082.700	524.472.500	522.331.300	529.978.600
hierunter:							
Grundsteuer B	*61.901.320*	63.781.500	61.361.500	61.545.500	61.853.000	62.162.000	62.473.000
Gewerbesteuer	233.306.727	224.000.000	232.000.000	235.000.000	235.000.000	235.000.000	235.000.000
Gemeindeanteil an der Est	140.335.650	147.810.000	147.722.600	151.666.800	157.399.800	163.790.200	170.554.700
Gemeindeanteil an der Ust	30.580.979	29.977.000	44.044.000	48.624.500	42.497.800	33.105.800	33.105.800
Erträge aus Zuwendungen	406.946.952	415.397.560	457.796.717	464.861.103	471.232.099	479.525.299	489.836.063
Gewerbesteuerumlage (Erhöhung FdE lief 2019 aus)	*16.664.766*	*16.000.000*	16.780.000	16.950.000	16.870.000	16.800.000	16.760.000
Ordentliche Erträge	1.357.912.921	1.353.859.066	1.457.058.004	1.465.998.924	1.474.162.751	1.475.773.929	1.493.806.624
Nettosteuerquote	***35,42***	***35,53***	**34,37**	**35,00**	**34,83**	**34,65**	**34,75**
Zuwendungsquote	**29,97**	**30,68**	**31,42**	**31,71**	**31,97**	**32,49**	**32,79**

Anm. zur Gewerbesteuerumlage: diese ist für die Jahre 2025 und 2026 nicht ausgewiesen. Sie berechnet sich, indem das Ist-Gewerbesteueraufkommen durch den von der Gemeinde erhobenen Hebesatz (hier jeweils 490 v.H.) dividiert wird und mit dem Vervielfältiger (hier 35 v.H.) multipliziert wird. Die ausgewiesenen rechnerischen Werte sind gerundet. Ab 2027 sind die Werte dem Produktplan 16 entnommen.
Anm. zu den Untereinträgen Steuern: Die Daten 2027ff. stammen aus dem Produkt 16, Allgemeine Finanzwirtschaft, die in dem Jahr 2027 mit dem Einzelnachweis in den Erörterungen startet. Die Jahre 2025 und 2026 werden dem Vorbericht entnommen.
Anm. zu Grundsteuer B, Jahre 2025 und 2026: Im Haushaltsplanentwurf, hier Vorbericht, ist die Grundsteuer A und B nur insgesamt ausgewiesen. Diese Werte werden daher hier für die Berechnung der Grundsteuer B um die Grundsteuer A bereinigt, wobei der Wert des Jahres 2027 zugrundegelegt wird.

Abb.5: Steuererträge (in €) und Zuwachs (in % mit 2025=100)

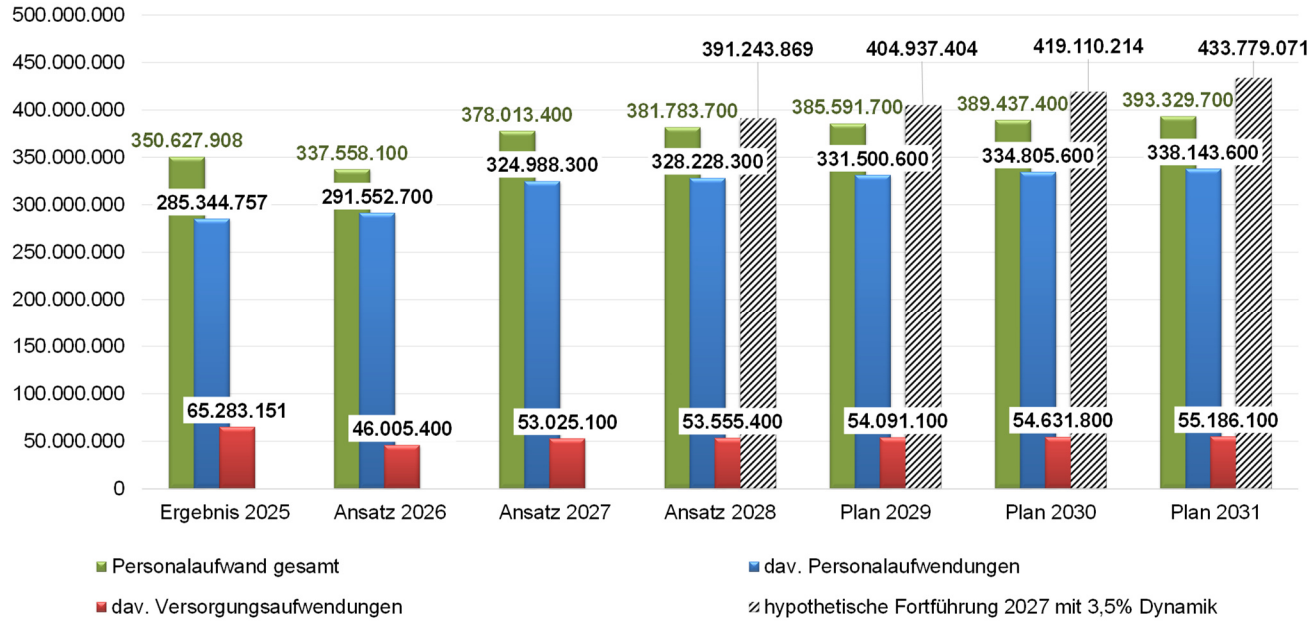




Tab.4: zentrale Aufwendungen (in €), Quoten (in %)

	Ergebnis 2025	Ansatz 2026	Ansatz 2027	Ansatz 2028	Plan 2029	Plan 2030	Plan 2031
Personalaufwand gesamt	350.627.908	337.558.100	378.013.400	381.783.700	385.591.700	389.437.400	393.329.700
dav. Personalaufwendungen	285.344.757	291.552.700	324.988.300	328.228.300	331.500.600	334.805.600	338.143.600
dav. Versorgungsaufwendungen	65.283.151	46.005.400	53.025.100	53.555.400	54.091.100	54.631.800	55.186.100
hypothetische Fortführung 2027 mit 3,5% Dynamik				*391.243.869*	*404.937.404*	*419.110.214*	*433.779.071*
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	265.916.578	269.608.106	284.088.278	277.866.811	277.790.947	277.279.767	277.244.920
Bilanzielle Abschreibungen	65.435.498	54.096.080	57.022.340	59.862.065	61.108.614	57.569.869	59.155.564
Transferaufwendungen	587.239.193	608.145.410	686.836.230	701.684.145	710.089.945	716.840.145	720.851.766
Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	19.991.939	30.566.800	28.224.800	36.424.800	43.024.800	48.624.800	53.224.800
Finanzerträge	13.629.811	8.603.100	14.288.220	11.976.572	10.210.729	10.442.472	10.700.394
Finanzergebnis	-6.362.128	-21.963.700	-13.936.580	-24.448.228	-32.814.071	-38.182.328	-42.524.406
Personalintensität	**19,98**	**20,29**	**20,64**	**20,66**	**20,71**	**20,83**	**20,92**
Sach- und Dienstleistungsintensität	**18,62**	**18,76**	**18,04**	**17,49**	**17,35**	**17,25**	**17,15**
Transferaufwandsquote	**41,12**	**42,33**	**43,62**	**44,16**	**44,36**	**44,61**	**44,60**
Zinslastquote	**1,40**	**2,13**	**1,79**	**2,29**	**2,69**	**3,03**	**3,29**

Abb.6: Personalaufwendungen, Szenario 3,5% Dynamik p.a. Personalaufwand (in €)



Tab.5: Szenarien zur Dynamisierung Personalaufwendungen und der Transferaufwendungen (in €), 2027=100

Personalaufwand gesamt	**Ansatz 2028**	**Plan 2029**	**Plan 2030**	**Plan 2031**	**kumulierte zusätzliche Konsolidierungsanforderung**
Planung Haushaltsplanentwurf 2027/28	**381.783.700**	**385.591.700**	**389.437.400**	**393.329.700**	
relative Steigerung ggü. dem Vorjahr	*1,00%*	*1,00%*	*1,00%*	*1,00%*	
hypoth. Dynamisierung gesamter Personalaufwand 2028ff. **mit 2%** p.a.	385.573.668	393.285.141	401.150.844	409.173.861	
hypoth. **Mehraufwand** ggü. Planung	**3.789.968**	**7.693.441**	**11.713.444**	**15.844.161**	**39.041.015**
hypoth. Dynamisierung gesamter Personalaufwand 2028ff. **mit 3,5%** p.a.	391.243.869	404.937.404	419.110.214	433.779.071	
hypoth. **Mehraufwand** ggü. Planung	**9.460.169**	**19.345.704**	**29.672.814**	**40.449.371**	**98.928.058**

Transferaufwendungen	**Ansatz 2028**	**Plan 2029**	**Plan 2030**	**Plan 2031**	**kumulierte zusätzliche Konsolidierungsanforderung**
Planung Haushaltsplanentwurf 2027/28	**701.684.145**	**710.089.945**	**716.840.145**	**720.851.766**	
relative Steigerung ggü. dem Vorjahr	*2,16%*	*1,20%*	*0,95%*	*0,56%*	
hypoth. Dynamisierung gesamter Transferaufwand 2028ff. **mit 4,12%** p.a. (nach der **HÄLFTE** des Mittelwertes der Steigerungen auf 2026 und 2027)	715.133.883	744.597.399	775.274.811	807.216.134	
hypoth. **Mehraufwand** ggü. Planung	**13.449.738**	**34.507.454**	**58.434.666**	**86.364.368**	**192.756.225**